

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erst am Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzig älteste und gelebteste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-spaltige mm-Zl. im Restmeteil für Poln.-Oberschl. 80 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beibringung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Ślaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 118 **Dienstag, den 2. August 1932** 50. Jahrgang

Wahlentscheidung in Deutschland

Keine Regierungsmehrheit erreicht — Vormarsch Hitlers nicht aufgehalten
Das Zentrum entscheidet über die Regierung

Berlin. Nach dem nunmehr vorliegenden Zählergebnis von 36 687 000 Stimmen, die man für die Berechnung der Wahlberechtigung des prozentualen Stimmanteils der Parteien und der Mandaten zur Grundlage nehmen kann, wenn auch einige unwesentliche Stimmen noch fehlen, sieht der neue Reichstag voraussichtlich wie folgt aus:

Die Wahlbeteiligung betrug 83,2 v. H. Die Mandatsziffer beträgt 597. Davon erhielten: SPD, 132, NSDAP, 229, KPD, 88, Zentrum, 74, Deutschnationale Volkspartei, 36, DVP, 7, Wirtschaftspartei, 2, Staatspartei, 4, Landvolk, 1, Bayerische Volkspartei, 16, Christlich-sozialer Volksdienst, 4, Deutsche Bauern, 2, Weingärtner, 2. Das dritte und vierte Mandat der Staatspartei ist noch umstritten.

Das vorläufige amtliche Endergebnis lautet:

Zentrum	4 586 501
SPD	7 951 245
NSDAP	13 732 777
KPD	5 278 094
DVP	2 172 941
DVP	434 548
Wirtschaftspartei	146 061
Staatspartei	371 378
Bayerische Volkspartei	1 190 453
Landvolk	61 284
Christl.-Soz. Volksdienst	364 749
Volksrechtspartei	40 887
Deutsche Bauernpartei	137 981
Landbund	96 859
Deutsch-hannoversche Partei	46 873
SNP	72 169
Radikaler Mittelstand	8 733
Spitler	122 246

36 844 873

Die Mehrheitsverhältnisse liegen jetzt im Grunde genau so, wie im Preussischen Landtag. Eine arbeitssfähige Mehrheit, auf die sich die Reichsregierung von Bayern entsprechend der bisher von den Parteien eingenommenen Haltung stützen könnte, ist nicht vorhanden. Unter diesen Umständen ist nicht zu erkennen, wie ein Regieren unter Berücksichtigung der parlamentarischen Verfassungsbestimmungen überhaupt noch möglich sein soll, da sich der Reichstag selbst ausschaltet. Es sei denn, daß Zentrum und Bayerische Volkspartei, zumal angesichts des Anwachsens der kommunistischen Wählerstimmen, doch noch irgend eine Form finden, die der Reichsregierung den verfassungsmäßigen parlamentarischen Rückhalt ermöglicht.

Das Ergebnis von Deutsch-Oberschlesien

	Landtagswahl 28. April 1932	Reichstagswahl 1930
Sozialdemokraten	60 411	52 585
Nationalsozialisten	204 105	212 455
Kommunisten	118 235	85 626
Zentrum	241 385	249 699
Deutschnationale	48 305	52 225
Deutsche Volkspartei	1 977	5 560
Wirtschaftspartei	2 287	6 401
Staatspartei	1 202	3 405
Landvolk	954	
Christlich-Soziale	1 498	2 900
Soz. Arbeiterpartei	937	1 836
Polen	14 534	28 043
		37 012

In Oberschlesien sind gewählt: 4 Zentrum, 3 Nationalsozialisten, 2 Kommunisten, 1 Sozialdemokrat.

Gleiwitz. Das Ergebnis der Reichstagswahlen in Oberschlesien hat in mehrfacher Hinsicht überrascht. Auffallend ist die starke Zunahme der kommunistischen Stimmen. Nachdem die KPD bei den Reichstagswahlen im September 1930 rund 111 000 Stimmen erreicht hatte, brachte sie es bei den Landtagswahlen im April d. Js. nur noch auf knapp 86 000 Stimmen. Nunmehr hat sie mit über 118 000 Stimmen noch ihren Stand von 1930 überschritten. Noch bemerkenswerter ist das Abschneiden der Polnisch-katholischen Volkspartei. Im September 1930 brachte es die polnische Liste noch auf annähernd 37 000 Stimmen. Ein erheblicher Rückgang war dann bereits bei den Landtagswahlen im April 1932 zu verzeichnen. Es wurden damals 28 043 Stimmen für die Polnisch-katholische Volkspartei abgegeben. Davon ist bei der jetzigen Wahl gerade noch die Hälfte übrig geblieben.

Alle Agitation im „Opperener Schlesien“ hat also den Polen nichts genutzt. Nach der bisherigen Einteilung der polnischen Presse ist zu erwarten, daß sie auch diesmal wieder behaupten die „Unterdrückung und Terrorisierung“ der polnischen Minderheit das Wahlergebnis beeinflusst habe.

Der vielfach erwartete weitere Anstieg der nationalsozialistischen Stimmen ist ausgeblieben; die NSDAP hat vielmehr ihre bei den letzten Landtagswahlen erzielte Stimmenzahl (212 455) nicht voll behaupten können. Etwa im gleichen Verhältnis sind auch die Zentrumstimmen von 249 699 auf 241 385 zurückgegangen. Die Deutschnationalen haben ebenfalls gegenüber den Landtagswahlen fast 4000 Stimmen verloren; gegenüber 52 225 erreichten sie jetzt nur 48 305. Das weitere Zusammenschrumpfen der Mittelparteien u. das katastrophale Abschneiden der kleinsten Splitterparteien war nach der Entwicklung der letzten Zeit wohl allgemein vorausgesehen worden.

Nationalsozialisten und Zentrum

Erklärungen des Landtagspräsidenten Kerl. Essen. In der letzten Wahlkundgebung der Essener Nationalsozialisten am Sonnabend in der Ausstellungshalle erklärte der Abgeordnete Kerl, die NSDAP habe nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, jetzt die Macht im Reich zu übernehmen. Sie werde sich dieser Pflicht nicht entziehen, auch wenn an der Mehrheit einige hunderttausend Stimmen fehlen würden. Die nationalsozialistische Partei denke nicht daran, sich vom Zentrum Bedingungen vorschreiben zu lassen. Sie denke nicht daran, sich vom Zentrum im Sinne des Parlaments „erziehen“ zu lassen, denke nicht daran „gesteuert“ zu werden. Sie werde bleiben, wie sie sei. Wie Mussolini die italienische katholische Volkspartei geschlagen habe, so werde die NSDAP das Zentrum zerschlagen. Dann werde Deutschland endlich Frieden haben. Die preussischen Minister seien zu Recht abgesetzt worden. Wenn das Urteil des Staatsgerichtshofes zu einem anderen Schluß komme, so werde die NSDAP auf ein solches Urteil.

Amtliches Gesamtergebnis der Thüringer Landtagswahlen

Beimar. Die Wahlen zum Thüringer Landtag hatten folgendes Ergebnis:

	Mandate	(Mandat, i. vor. Landtag)
Thüringer Landbund	77 645	5
Nationalsozialisten	395 895	26
Sozialdemokraten	225 687	15
Kommunisten	149 339	19
Wirtschaftspartei	10 542	0
Deutsche Volkspartei	16 732	1
Deutschnationale Volkspartei	29 664	2
Staatspartei u. Zentrum	17 313	1
Sozialistische Arbeiterpartei	2 062	0
Christlich-sozialer Volksdienst	5 321	0



Er soll Amerikas Finanzwesen wieder in Ordnung bringen

Senator Cameron wurde vom Präsidenten Hoover zum Vorsitzenden der Krediterweiterungskommission ernannt, die eine Gesundung und Wiederbelebung des amerikanischen Finanzwesens herbeiführen soll. Vor ihm hatte der General Dames, der Urheber des nach ihm benannten Zahlungsplans dieses Amt inne.

Verlauf des Wahlsonntags im Reich

Berlin. Nach den aus dem Reich vorliegenden Meldungen ist die Wahlbeteiligung überall sehr rege gewesen. Während die Wahlhandlung durch irgendwelche ernsthafte Zwischenfälle nicht gestört worden ist, kam es in der Nacht in verschiedenen Städten des Reiches zu schweren Zusammenstößen, die mehrere Todesopfer forderten.

In den Städten des Ruhrgebietes ist der Wahlsonntag ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. Dagegen kam es in der vergangenen Nacht in Essen verschiedentlich zu Zusammenstößen. Im Stadtteil Essen-West entwickelte sich aus unbekannter Ursache eine Schießerei, bei der der 34-jährige Kommunist Karl Daum durch einen Bauchschuß und der 20-jährige Nationalsozialist Willi Meuler durch Armschüsse schwer verletzt wurden. Zwei in der Nähe wohnende Schupo-Beamte, die sich infolge des Lärmes auf die Straße begaben, wurden gleichfalls beschossen, wobei einer der Beamten durch einen Streifschuß am Kopf verletzt wurde. Er erwiderte das Feuer. Dabei wurde der 18-jährige Nationalsozialist Fritz Schrön durch einen Kopfschuß tödlich verletzt. Die Ruhe konnte nach Eintreffen von Polizeiverstärkungen wieder hergestellt werden. In der Rahenbachstraße wurden Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen und mißhandelt. Dabei erhielten vier Nationalsozialisten durch Schüsse mit einem Seitengewehr erhebliche Verletzungen. Zwei Kommunisten wurden unter dringendem Tatverdacht verhaftet. Am frühen Morgen gerieten in Essen-Borbeck vor dem SM-Heim Klebelonnen der KPD und SPD mit Nationalsozialisten in Streit. Der Nationalsozialist Hans Schott erhielt von einem unbekanntem Kommunisten einen Schuß in den Oberschenkel. Ein Verdächtiger wurde festgenommen. Die Wahlbeteiligung ist, wie aus den Städten des Ruhrgebietes übereinstimmend gemeldet wird, sehr lebhaft. Bis zum Mittag hatten vielfach schon 50 v. H. der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben.

Im Rheinland bei Hopperswerda kam es am Vorabend zur Wahl vor dem Beginn von Versammlungen der Nationalsozialisten und Kommunisten zu einer schweren Schlägerei. Die Kommunisten wurden von Nationalsozialisten zurückgedrängt und verbarrikadierten sich im Hause ihres Führers, das von den Nationalsozialisten umstellt wurde. Es wurden drei Schüsse auf das Haus abgefeuert. Polizeikräfte aus Kottbus kürmten das Haus, wobei sie auch vom Gummiknüppel Gebrauch machen mußten. Insgesamt wurden 29 männliche und 3 weibliche Angehörige der kommunistischen Partei festgenommen. Eine Durchsuchung des Hauses nach Waffen blieb ergebnislos.

In Breslau hatten bis gegen Mittag etwa 40 v. H. der Wahlberechtigten ihrer Wahlpflicht genügt. In manchen Wahllokalen wurden jedoch noch weit höhere Ziffern bis zu 57 v. H. erreicht. In der Nacht kam es zu mehreren kleinen Zusammenstößen, wobei einige Personen leicht verletzt wurden. Die Polizei nahm 34 Verhaftungen vor. Auch aus dem Wahlkreis Breslau und dem Wahlkreis Liegnitz werden keine besonderen Zwischenfälle gemeldet. Im Wahlkreis Liegnitz ist die Wahlbeteiligung auf dem Lande etwas schwächer. Man führt dabei zurück, daß der Tannenbergs-Bund, der bekanntlich Stimmenthaltung propagiert, in einigen Bezirken des Kreises in der letzten Zeit an Anhängern gewonnen hat.

Aus Braunschweig wird berichtet, daß bis zum Sonntagmittag im ganzen Lande, abgesehen von kleineren Reichsteilen, Ruhe herrschte. Dagegen kam es am Sonnabend in Hasielsfelde zwischen Teilnehmern einer SPD-Versammlung und Nationalsozialisten zu einer schweren Schlägerei, wobei auch mehrere Schüsse fielen. Der Kommunist Fritz Müller wurde durch einen Schuß getötet. Ein weiterer Kommunist erhielt einen Schuß ins Bein. Vier Nationalsozialisten wurden durch Hieb- und Stichwunden nicht unerheblich verletzt. Wer den tödlichen Schuß abgegeben hat, konnte noch nicht festgestellt werden.

Ein Deutschtumsführer in der Bukarester Regierung

Berlin. Der bekannte Deutschtumsführer Rechtsanwalt Dr. Frank von Franckenstein wurde nach einer Meldung Berliner Blätter aus Bukarest zum Ministerialrat im Staatssekretariat für die Minderheiten ernannt, das direkt dem rumänischen Ministerpräsidenten untersteht. Diese Ernennung hat nicht nur in allen deutschen Kreisen Rumäniens, sondern auch innerhalb aller deutschen Kolonien in Südost-Europa freudiges Aufsehen erregt. Man begrüßt allgemein diese Entscheidung des Königs.

Amerika nimmt an der Weltwirtschaftskonferenz teil

Washington. Wie in den höchsten Washingtoner Regierungskreisen verlautet, wird die Regierung der Vereinigten Staaten die am Freitag durch den britischen Botschafter übermittelte Einladung zur Teilnahme an der Weltwirtschaftskonferenz annehmen. Die Einladung erfolgt wieder Zeit und Tagungsort der Konferenz, doch wird in amtlichen Kreisen allgemein angenommen, daß die Weltwirtschaftskonferenz wahrscheinlich im Oktober, und zwar in London stattfinden wird.

